

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Stadthaushalt:
Gerechtigkeitslücken
vergrößern sich

Seite 3



Wohnkosten für Hartz4-Berechtigte:
Die Stadt und das große Zahlenrätsel

Seite 4



Demo in Kalkar:
Krieg beginnt hier – wir sagen
Nein!

Seite 5



Eventkritik
IG-Metall Jugend feiert „Revo-
lution Bildung“

Seite 6

Das Schweigen im Flüchtlings-Dilemma:

Verantwortliche geflohen

Mindeststandards umsetzen statt Verantwortung abschieben!

Flüchtlinge fliehen aus Not und Verfolgung, sie fürchten um ihr Leben und das ihrer Familien. Ihre Flucht ist mit großen Strapazen und Gefahren verbunden. In Essen wie in ganz Deutschland haben sie Anspruch auf ein Leben in Würde. Forderungen von Flüchtlingsorganisationen und der Partei DIE LINKE, diesen Anspruch endlich zu verwirklichen, können und müssen umgesetzt werden.

Von Ulla Lötzer

Die Skandale um die Misshandlungen von Flüchtlingen in mehreren Städten NRWs und die Anzeigen von Flüchtlingen wegen der Übergriffen im Opti-Gewerkepark Essen sind nur die Spitze des Eisbergs. Darüber darf auch nicht in Vergessenheit geraten, dass es auch um fehlendes qualifiziertes Personal, unhygienische Verhältnisse, schlechtes Essen und schlechte Betreuung geht.

Jetzt schiebt jede und jeder dem anderen die Verantwortung zu. Die Bundesregierung duckt sich weg und zeigt mit dem Finger auf die Länder, die Landesregierung auf die Betreiberfirma European Homecare und die auf den Wachdienst. Regierungspräsident Bollermann (SPD) hat sogar die Unverfrorenheit, bis heute Fehler seiner Behörde zu negieren. Eine Entschuldigung von Frau Kraft und Herrn Jäger, so notwendig sie ist, reicht nicht aus. Die Ursachen müssen endlich angegangen werden.

Die CDU/SPD-geführte Bundesregierung und die Landesregierung aus SPD und Grünen haben sich nicht ausreichend auf die absehbar steigende Zahl von Flüchtlingen vorbereitet. Bund und Land lassen Kommunen mit dem Problem im Regen stehen. Stattdessen entledigen sie sich ihrer hoheitlichen Aufgaben und übertragen die Versorgung von Flüchtlingen auf gewinnorientierte Privatfirmen wie European Homecare. Die wiederum setzt Subunternehmen ein – die Qualitätsstandards bleiben auf der Strecke. Stattdessen bereichert sich European Homecare auf Kosten der Flüchtlinge.

Die Kommunen entledigen sich der kommunalen Unterbringungsaufgabe mit einem Wettlauf um die Einrichtung einer Landesaufnahme, da



Foto: W. Bienek



die Kosten dann vom Land getragen werden und sie von der kommunalen Unterbringung entlastet werden. Weder auf Bundes-, noch auf Landesebene, geschweige denn in den Kommunen, gibt es verbindliche Mindeststandards zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die Landesregierung NRW hat zwar eine Projektgruppe mit Vertreter*innen von

Die Autorin ist Bezirksvertreterin im Stadtbezirk 9 und Sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss.

Zugang kaum möglich. Seit der Diskussion über eine Erst-

Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden eingerichtet, die Standards vereinbart haben. Konsequenzen daraus wurden nicht gezogen. Qualitätssicherung, Beschwerdemanagement und Kontrollen bleiben auf der Strecke. Für Flüchtlingsorganisationen und andere ist der

Erstzugang kaum möglich. Seit der Diskussion über eine Erst-

Erstzugang kaum möglich. Seit der Diskussion über eine Erst-

Erstzugang kaum möglich. Seit der Diskussion über eine Erst-

DIE LINKE fordert:

- Die Flüchtlingsunterbringung durch die Stadt soll schnellstmöglich dezentral in Wohnungen erfolgen. Die Behelfsunterkünfte in Schulen sind zeitnah aufzulösen. Eine Unterbringung von Asylbewerbern in Turnhallen oder ähnlichen Einrichtungen lehnen wir entschieden ab. Es dürfen keine Flüchtlingsgruppen wie die Roma ausgenommen werden von der Vermittlung in Wohnungen.
- Räume für die verfahrens- und sozialrechtliche Beratung von Flüchtlingen durch Hilfsorganisationen. Auch eine erste Beratung für traumatisierte Flüchtlinge und ggf. psychosoziale Betreuung soll möglich sein. Freie Träger sind hierbei einzubeziehen.
- Das Recht auf Intimsphäre, die Einhaltung von Hygiene- und Versorgungsstandards, die Bereithaltung von Krankenstationen sowie die Beachtung individueller persönlicher Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Religionszugehörigkeit etc. müssen gewährleistet sein.
- Es müssen ausreichend Räume und Betreuungspersonal für Kinder und Jugendliche vorgesehen sein. Die Kinder haben ein Recht auf Schulbesuch.
- Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Menschen, wie z.B. Minderjährigen, allein reisenden Frauen, Schwangeren, traumatisierten Kranken und Behinderten ist besonders Rechnung zu tragen.
- Je Wohngebäude ist mindestens eine Gemeinschaftsküche vorzusehen, die es Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglicht, Mahlzeiten zuzubereiten.
- Es wird ein Beschwerdemanagement eingerichtet sowie ein Kontrollsystem der Einhaltung der Standards. Die Flüchtlinge, die Anwohner*innen und die Runden Tische sind zu beteiligen. Für Flüchtlingsorganisationen ist jederzeit ein freier Zugang zu den Einrichtungen zu gewährleisten.

Wer Flüchtlinge unterstützen möchte, z.B. durch die Mitarbeit an einem der „Runden Tische“, erhält im Fraktionsbüro der LINKE weitere Informationen.

 Kurz & Knapp

Benimm-Regeln verschärfen

Damit die Vetterwirtschaft bei den Stadttöchtern ein Ende hat, beantragt DIE LINKE im Rat, einheitliche und verbindliche Mindeststandards für die Compliance-Richtlinien der Stadt und der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen zu schaffen. Hauptpunkte: Compliance-Beauftragte, die über eine ausreichende sachliche und personelle Ausstattung verfügen, ein Hinweisgebersystem für Verstöße, eine konsequente und transparente Ahndung von Regelverstößen sowie klare und regelmäßige Berichtspflichten.

Pfingst-Open-Air absichern

DIE LINKE will das Werdener Pfingst-Open-Air auch für die kommenden Jahre absichern. Das seit 1980 bestehende Rockfestival ist eine feste Größe in der Essener Kulturlandschaft und eine Institution für Jugendliche. Es bietet Nachwuchsbands eine Plattform und ist gut für das Image unserer Stadt. Das aktuelle Defizit liegt für das nächste Jahr, dem 35. Geburtstag des Festivals, bei 80.000 Euro. DIE LINKE regt an, weitere Sponsoren zu suchen und andere Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding oder Zuschauerspenden zu überprüfen. Wenn das nicht ausreicht, müssen die fehlenden Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Stadtteilbibliotheken erhalten

Die Schließung von Stadtteilbibliotheken ist wieder in der Diskussion. DIE LINKE tritt stattdessen für verbesserte Angebote ein. Der Bedarf ist da, schließlich ist die Zahl der Ausleihungen insgesamt in den letzten zehn Jahren von drei auf vier Millionen gestiegen. Eine Marktbefragung der Nutzerinnen und Nutzer könnte Klarheit bringen, warum die Zahl der Ausleihen in einigen Stadtteilbibliotheken so stark sinkt, während die Zentralbibliothek stark angenommen wird. Vielleicht ist eine Ursache die uneinheitlichen Öffnungszeiten. Wer sich die nicht merken kann, steht öfter vor geschlossener Tür und kommt so schnell nicht wieder.

Kommentar zum Stadtgeschehen

Alles GroKo – oder was?

Von Ralf Fischer

Über den Wahlausgang vom 25. Mai 2014 kann niemand wirklich zufrieden sein. Und damit sind nicht in erster Linie Stimmen und Prozente gemeint, sondern das politische Ergebnis: die Große Koalition aus CDU und SPD.

Die CDU hat zwei Sitze mehr bekommen, aber das von ihr geführte Viererbündnis mit Grünen, FDP und EBB hätte zusammen 45 Ratsitze, genau die Hälfte. Keine eigene Mehrheit also, man wäre auf die



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Stimme des SPD-Oberbürgermeisters angewiesen. Eine allzu wacklige Angelegenheit, abgesehen von inhaltlichen Differenzen unter den möglichen Partnern. Der Traum von Herrn Kufen, im nächsten September mit einer Ratsmehrheit im Rücken das OB-Amt zu erringen – ausgeträumt am Tag der Wahl.

Die SPD konnte aber kein anderes Bündnis dagegen setzen, denn auch Rot-Rot-Grün hätte nur 45 Sitze. Erneut keine Mehrheit ohne den mit seiner eigenen Partei fremdelnden OB, der in der wichtigsten Frage, dem Haushalt, mit Sicherheit gegen die Vorschläge eines solchen Bündnisses gestimmt hätte. Ganz abgesehen von weiteren inhaltlichen Differenzen unter den möglichen Partnern.

So taten die großen Parteien das, was sie immer tun, wenn sie keine Wagnisse eingehen: Sie bilden eine Große Koalition des Mehltaus und der Unbeweglichkeit. Für die Bevölkerung ist das ebenfalls ein schlechter Wahlausgang. Denn er bedeutet die ungebrochene Fortsetzung des Kürzungsdiktats, bei dem noch viele Sportstätten, die Kulturförderung und städtische Beschäftigte unter die Räder geraten werden, bei gleichzeitigem Hang zu Prestigeprojekten wie der Messe. Dass die SPD in einer Großen Koalition eine sozialere Politik entwickelt, glaubt niemand. Daran wird auch die neue SPD-Vorsitzende Altenkamp, der ein „linkeres“ Profil nachgesagt

wird, nichts ändern können. Also: alles GroKo?

Von der Mitte aus zuerst nach rechts geblickt: Das einst stolze EBB hat zwar einen Sitz mehr, ist aber durch Bruch des Viererbündnisses raus aus dem Tagesgeschäft. Auch die kleine FDP wird nicht mehr gebraucht. Dramatisch das Ansteigen der rechten und rechtsradikalen Kräfte. Die NPD ist wieder mit einem Sitz vertreten, die REP wurde durch ProNRW mit gleicher Geisteshaltung ersetzt. Hinzu kam jedoch die als eurokritische Partei gestartete AfD, die aus ihrer reaktionären Weltsicht keinen Hehl mehr macht und speziell in Essen einige Rechtsradikale in ihren Reihen zählt, mit drei Sitzen. Die Rechte zusammen bei sechs Ratssitzen, das hat es so noch nicht gegeben. Politische Impulse für unsere Stadt gehen aber von keiner dieser Gruppierungen aus.

Und die Linke? DKP und AUF hatten auf der Linksaußenbahn diesmal keine Chance, dafür konnte die Partei DIE LINKE ihr Ergebnis halten. Allerdings sorgten Personalquerelen für Chaos im Wahlkampf, und dass eines der frisch gewählten Ratsmitglieder, in die die übergroße Mehrheit der Partei einiges Vertrauen gesetzt hatte, das Mandat nur von uns „kapern“ würde, um unter falscher, nämlich der Piratenflagge in den Rat zu segeln – wer hätte das vorher ahnen können? So haben wir, obwohl selbst gelackmeiert, viele unserer Wählerinnen und Wähler enttäuscht. Denn die Menschen wollen, dass Streit sachlich bleibt – und hinter den Kulissen, um nach außen einheitlich und klar zu sprechen und zu handeln. Ehrlichkeit muss sein: Da haben wir Nachholbedarf.

Angesichts der GroKo und der vielen Rechten kommt es darauf an, dass DIE LINKE schnell zur sachlichen, konkreten politischen Arbeit findet. Denn es ist und bleibt ihre Aufgabe, den Mehltau von der Politik der Großen Koalition zu fegen und soziale Alternativen zur herrschenden Politik aufzuzeigen. Wir machen keine Versprechungen – außer dass wir uns anstrengen werden. Beurteilen können Sie die Ergebnisse in sechs Jahren an der Wahlurne selbst.

Neue Linksfraktion im Amt



Die Neue Linksfraktion im Essener Stadtrat: Yilmaz Gültekin, Gabriele Giesecke, Ezgi Güyildar, Nina Herff – und irgendwann werden wir es bestimmt auch noch schaffen, alle zusammen auf ein Foto zu kriegen!

Arbeitskreis 2030 kein Ersatz für Gestaltungsbeirat

Große Koalition will keine externe Fachbeteiligung an Planungen und Bauvorhaben

Manches geht plötzlich sehr schnell. Bereits in der ersten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung (ASP) in der neuen Wahlperiode am 21. August 2014 beschloss die neugebildete Große Koalition von CDU und SPD, unterstützt von EBB, FDP und Partei-Piraten, den Arbeitskreis Essen.2030 in Gestaltungsfragen zu beteiligen – jedenfalls vielleicht und im Einzelfall. In der beschlossenen Vorlage heißt es nämlich sehr unbestimmt: „Der ASP kann ... beschließen, Vertreter des Arbeitskreises 2030 zu einer Beratung hinzuziehen.“

Dabei kann der Ausschuss ohnehin jederzeit beschließen, Dritte zu beteiligen. Doch darum ging es gar nicht. Mit dem Beschluss, der auf einer Verwaltungsvorlage beruht, sollte endlich die Diskussion um die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates beendet werden, der verbindlich an größeren Planungs- und Bauprojekten beteiligt wird. Erst im März hatte der Bund deutscher

Architekten (BdA) diese Forderung in einer Veranstaltung noch einmal bekräftigt. Einen solchen Gestaltungsbeirat gibt es in über 30 Städten in NRW, und auch die Landesregierung empfiehlt ihre Einrichtung, um die Qualität politischer Entscheidungen zu heben.

DIE LINKE hat seit Jahren ein solches unabhängiges Gremium

mit klar geregelten Kompetenzen gefordert. Gerade Essen braucht oft mehr Qualität bei Planungen und Bauwerken. Ein Gestaltungsbeirat könnte auch einer allzu sehr auf bestimmte kapitalkräftige Investoren zugeschnittenen Planung entgegenwirken, die dann womöglich zu Lasten der Qualität geht. Doch in Essen blockieren Verwaltung und politische Mehrheiten in unterschiedlichen Konstellationen die seine Einrichtung.

Eine vage gehaltene Beteiligung des Arbeitskreises Essen.2030 kann ein solches Gremium nicht ersetzen. Denn der Arbeitskreis ist ein Diskussionsforum, an dem sich örtliche Architekturbüros und an der Stadtentwicklung

interessierte Laien beteiligen, aber auch Investoren und Geldgeber wie die National-Bank. Viele haben handfeste wirtschaftliche Interessen, sind an Aufträgen der Stadt und Projekten beteiligt. Ein Gestaltungsbeirat soll demgegenüber unabhängig sein und deshalb von auswärtigen Architekten und Stadtplanern gebildet werden.

Auch der Werkbund, ein traditioneller Verband von Architekten, konnte die Situation nicht mehr retten. Er hatte sich in einem Brief an den ASP gegen den Eindruck gewendet, der Arbeitskreis 2030 könne einen Gestaltungsbeirat ersetzen. Das sahen im Ausschuss nur DIE LINKE und Grüne so.

XXL-Koalition im Regionalverband Ruhrgebiet:

Wählerwille ignoriert – Ganz Große Koalition „zieht durch“

Von Wolfgang Freye

Eine ganz große Koalition von CDU, SPD und Grünen wird in den nächsten Jahren die Geschicke des Regionalverbandes Ruhr (RVR) bestimmen. Da sie stärkste Fraktion ist, stellt die CDU den neuen Vorsitzenden der Verbandsversammlung, Josef Hovenjürgen, Landtagsabgeordneter aus dem Kreis Recklinghausen. Die SPD spielt mit Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin aus Mülheim, nur die „zweite Geige“. Die Fraktion DIE LINKE ist mit neun Mitgliedern die größte Fraktion der Oppositionsparteien.

Dass die XXL-Koalition trotz ihrer erdrückenden Mehrheit von 110 der auf 138 Mandate fast verdoppelten Verbandsversammlung „durchziehen“ will, machte sie schon in der konstituierenden Sitzung am 27. September 2014 deutlich. Sie schränkte auch formal die Arbeitsmöglichkeiten der Opposition ein. Gegen einen Antrag von LINKEN und Piraten beließ es

die XXL-Mehrheit bei der bisherigen Größe der Ausschüsse und begrenzte die Redezeit insbesondere der kleinen Fraktionen. Sie werden in keinem Ausschuss vertreten sein und müssen mit fünf Minuten Redezeit pro Tagesordnungspunkt auskommen, während die großen Fraktionen CDU und SPD jeweils 15 Minuten beanspruchen.

Dass die CDU überhaupt stärkste Fraktion geworden ist und die bisherige rot-grüne Koalition im RVR die Mehrheit verlor, ist nicht dem Wählerwillen geschuldet. Die CDU erhielt 30,2 Prozent der Stimmen, die SPD 39 Prozent.

Hintergrund sind vielmehr unzulängliche Regelungen im RVR-Gesetz und trickreiche Absprachen der CDU mit der rechtspopulistischen UBP im Kreistag von Recklinghausen. Nach dem Strickmuster „Wählst Du mich, wähl ich Dich“ erhielt die UBP einen Sitz im RVR, wodurch alle anderen Parteien etliche Ausgleichsmandate erhielten. Da die Reserveliste der

SPD zu kurz war, wurde die CDU stärker. Die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse verfälscht den Wählerwillen. Diese Situation könnte nur vom Landesgesetzgeber korrigiert werden, so sieht es auch ein für den RVR erstelltes Gutachten. Er könnte entweder eine nachträgliche Verlängerung der Reservelisten zulassen oder die Wahlperiode verkürzen. Die rot-grüne Landesregierung macht bisher jedoch keine Anstalten, die Situation zu bereinigen. Hätte sie die von der Partei DIE LINKE seit Jahren geforderte Direktwahl der RVR-Vertreter*innen bereits umgesetzt, wäre es dazu gar nicht erst gekommen.

Für DIE LINKE im RVR bleibt die Aufgabe, eine gute, am Ziel sozialer Gerechtigkeit orientierte Oppositionspolitik zu machen. Dafür lässt der Koalitionsvertrag viel Raum.

Wolfgang Freye ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR und wurde gerade einstimmig wiedergewählt.

DIE LINKE wählt neuen Kreisvorstand

Am 6.9.2014 wählte DIE LINKE. Essen ihren neuen Kreisvorstand. Es gab einen kleinen Wechsel an der Spitze: Die bisherige Sprecherin Barbara Rienas beendete nach zehnjähriger Tätigkeit ihre Vorstandsarbeit und trat nicht wieder an. Im Amt als Parteisprecherin bestätigt wurde die erst 22-jährige Sonja Neuhaus, Studentin an der Universität Düsseldorf. Ihr zur Seite steht nun als neuer Sprecher der bisherige stellvertretende Kreisprecher Michael Steinmann (59, Grafik-Designer).

Auch die beiden weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes wurden einvernehmlich bestimmt: Die 56-jährige Baustoffprüferin Jutta Potreck wurde stellvertretende Kreisprecherin. Im Amt des Schatzmeisters wiedergewählt wurde der 52-jährige Steuerfachangestellte Ralf Fischer. Weitere Vorstandsmitglieder sind Silvia Denzler, (32), Carsten Dams (38), Peter Gerold (60), Michael Kretschmer (51), und Resul Polat (23).

„Das Wahlergebnis zeigt, dass die MV keine Kurskorrektur wollte, sondern den Kurs des Vorstandes, strömungs-



Sonja Neuhaus, Michael Steinmann



und fraktionsübergreifend Politik zu gestalten, für richtig hielt“, so Sonja Neuhaus, die im Amt bestätigte Sprecherin. Michael

Steinmann ergänzt: „Alle bisherigen Vorstandsmitglieder, die wieder kandidierten, wurden auch in den neuen Vorstand gewählt. Das zeigt uns, dass auch ein Übergangsvorstand in seiner kurzen Amtszeit durchaus ein gewisses Vertrauen in der Partei erwerben kann. Das sehen wir nicht ohne Stolz.“

Des Weiteren beschloss die Versammlung die Unterstützung der europaweiten Petition gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP. DIE LINKE will noch im Oktober hierfür massiv Unterschriften sammeln.

Außerdem wurde ein gemeinsamer kommunalpolitischer Workshop mit der Ratsfraktion vereinbart, der die Schwerpunktthemen für die nächsten zwei Jahre und die Frage einer möglichen OB-Kandidatur behandeln soll.

Nachdem die Amtszeit des bisherigen Kreisvorstandes auf ein halbes Jahr begrenzt war, ist nun der neue Vorstand wieder für eine normale Amtszeit von zwei Jahren angetreten.

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisches, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906, E-Mail: essenermorgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 15. November 2014.

Stadthaushalt: Gerechtigkeitslücken vergrößern sich

Tarifliche Entlohnung im gesamten „Konzern Stadt“ durchsetzen!

Mit dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf für 2015/2016 wollen Oberbürgermeister Paß und die ihn stützende große Koalition aus SPD/CDU den rigiden Sparkurs fortsetzen. Weite Teile der

sozialen Grundversorgung, der Infrastruktur und der Kultur sind bereits chronisch unterfinanziert und werden es bleiben. Darüber hinaus sieht DIE LINKE im vorgelagerten Hausentwurf erhebliche Gerechtigkeitslücken.

S Von Gabriele Giesecke
 Stadtkämmerer Klieve (CDU) will in den nächsten Jahren vor allem bei den städtischen Beteiligungen sparen. Dabei rücken insbesondere die sogenannten Sozialgesellschaften wie EABG, Jugendhilfe und Suchthilfe in den Fokus. Die Ratsfraktion DIE LINKE kritisiert vor allem, dass die Stadt die ausgehandelten Tarife für die Beschäftigten der EABG für 2015 und 2016 zwar gegenfinanzieren will, aber den Tarifvertrag für die Beschäftigten des ehemaligen Vereins Jugendberufshilfe nicht, die vor einigen Jahren in die Jugendhilfe aufgenommen wurden. Die Beschäftigten in beiden Gesellschaften sind bisher ohne Tarifvertrag und werden zum Teil weit unter dem Tarif der öffentlichen Dienstes bezahlt. Im Fall der EABG gibt es gültige Ratsbeschlüsse, den Tarifvertrag umzusetzen, die auf Initiative der LINKEN gefasst wurden. 2017 soll die EABG dann die Tarifierhöhungen aus ihrem laufen-



Gabriele Giesecke ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Essen

den Geschäftsbetrieb trotz radikal gekürzter Mittel der Stadt selbst finanzieren. Dies wird nicht funktionieren, ohne dass sich die erbrachten Leistungen radikal verschlechtern oder ganz eingestellt werden müssen. Die Beschäftigten gerade der Sozialgesellschaften leisten wichtige Arbeiten in der Erwachsenenbildung, in der Jugendsozialarbeit oder bei der Versorgung von Drogenkranken. Gerechte Bezahlung darf keine Frage der Kassenlage werden. Die Haushaltsansätze müssen hier nach oben korrigiert werden. Für Prestigeprojekte soll aber weiter das Geld zum Fenster rausgeworfen werden. Obwohl Essen immer noch die höchstverschuldete Stadt in Deutschland ist, gibt es kein Umdenken z.B. in Sachen Messeumbau. Rund 90 Millionen Euro sollen hier den nächsten Jahren investiert werden. Dies entspricht nicht dem Bürgerwillen, wie das Ergebnis des Bürgerentscheides Anfang des Jahres gezeigt hat. Solange es kein überzeugendes



Konzept zur wirtschaftlichen Zukunft der Messe gibt, lehnt DIE LINKE diese Investition weiterhin als überzogen ab. Und ist sich darin einig mit den Vertre-

tungsberechtigten des Messebürgerbegehrens. Essen hat nach wie vor ein Einnahmeproblem, dass u.a. aus der stark von Energiekonzernen geprägten Wirtschaftsstruktur herrührt. Die Gewerbesteuereinnahmen werden 2014 nur noch 295 Millionen Euro betragen – gegenüber 489 Millionen Euro in 2007, den höchsten Einnahmen in den letzten Jahren. Darüber hinaus fehlen jährlich 49 Millionen Euro aus der Dividende der stadteigenen RWE-Aktien. Aber statt durch eine Gewerbesteuererhöhung vor allem die Konzerne zur Kasse zu bitten, schlagen Oberbürgermeister Paß und Kämmerer Klieve eine Anhebung der Grundsteuer B vor. Diese Anhebung lehnt die Ratsfraktion DIE LINKE ab, weil sie unsozial ist. Von den Hauseigentümern kann sie auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden. Vor allem den Menschen mit niedrigen Einkommen ist eine weitere Belastung durch die so genannten „kalten“ Betriebskosten nicht zuzumuten. Darüber hinaus befürchten wir, dass auch die

Anspruchsberechtigten auf Sozialleistungen belastet werden, wenn der geplante kommunale Betriebskostenspiegel angewendet wird. Ohnehin liegt die Grundsteuer B mit 200 Euro pro Kopf und Jahr bereits heute im Spitzenbereich vergleichbarer Ruhrgebietsstädte. Notwendig sei die Anhebung der Grundsteuer B, so Oberbürgermeister Paß und Kämmerer Klieve, damit die Vorgaben des Stärkungspaktes eingehalten werden können. Zwar profitiert Essen mit 508 Millionen Euro, verteilt auf die Jahre 2012 bis 2019, vom Stärkungspakt des Landes NRW. Dies allein reicht aber nicht aus, die soziale Schiefelage der Finanzierung der Stadt Essen zu beseitigen. Notwendig ist nach wie vor eine grundlegende Gemeindesteuerreform, ohne die insbesondere Ruhrgebietsstädte wie Essen ihren Haushalt nicht ausgleichen können. **Die Stärkungspaktmittel sind hier ein Tropfen auf den heißen Stein, die strukturellen Probleme bleiben ungelöst. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird Mitte Oktober im Rahmen einer Haushaltsklausur ihre Vorschläge für eine sozial ausgeglichene Haushaltsführung in Essen weiterentwickeln.**

Umbau der Messe Essen nur mit Bürgerbeteiligung

Von Thorsten Jannoff

Fast 90 Millionen Euro sollen in den Umbau der Messe Essen investiert werden. Das wurde Ende September in den Rat der Stadt eingebracht, ohne dass bisher mit den Vertreter*innen des Messebürgerbegehrens gesprochen wurde. Werden jetzt die Fehler der Vergangenheit wiederholt?



Ein wichtiger Grund für das erfolgreiche Bürgerbegehren Anfang dieses Jahres gegen den Messeumbau für 123 Millionen Euro war die mangelnde Bürgerbeteiligung und Transparenz. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass mit den Vertretungsberechtigten und anderen Interessierten eine öffentliche Debatte geführt wird, z.B. im Rahmen von Bürgerversammlungen.

Die Bürger*innen haben zudem deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, ihre Steuergelder für Großpro-

jekte auszugeben, deren Erfolg fragwürdig ist. DIE LINKE wird jedenfalls den Umbauplänen nur dann zustimmen, wenn es einen breiten Konsens in der Stadtgesellschaft dafür gibt. Außerdem muss die Messe die lange angekündigte Überprüfung ihres Geschäftsmodells und die zu erzielenden Effizienzgewinne darlegen. Schließlich wird die Messe mit jährlich mindestens 13,5 Millionen Euro von der notleidenden Stadt Essen unterstützt. Geld, das an anderer Stelle fehlt.

In der Kostenrechnung für den Mes-

seausbau von bis zu 88,6 Millionen Euro sind auch 9,6 Millionen Euro für „Unvorhergesehenes“ eingeplant. Der Sicherheitspuffer von insgesamt 31,9 Millionen Euro ist begrüßenswert und auch ein Ergebnis der Diskussion um die zu knappe Kalkulation der ersten Planung. Allerdings sind dort auch Kosten enthalten, die höchstwahrscheinlich tatsächlich anfallen werden, wie z.B. Altlastenrisiken und Baukostensteigerungen. Es ist deshalb notwendig, diesen Kostenblock noch einmal zu kalkulieren, statt ihn als Freifahrtschein für eigentlich absehbare Baukosten oder als Spielweise für „Extras“ zu betrachten.

Außerdem sollen die betroffene Bezirksvertretung beteiligt werden und die Auswirkungen der Baustelle auf das umliegende Stadtquartier und den Grugapark durch die Stadt dargelegt werden.

Thorsten Jannoff ist Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. Essen

Bäder, Turnhallen und Sportplätze in Gefahr

Schluss mit der Schließungsorgie!

Von Herbert Bußfeld

Nach den Sommerferien standen wieder etliche Sportvereine vor verschlossenen Turnhallen. Weder die Sport- und Bäderbetriebe noch die Sportvereine wurden von der Immobilienwirtschaft der Stadt Essen über die Schließung der Schulsporthallen informiert. Der Stadtrat hob die Hallenschließungen in seiner letzten Sitzung mit unserer Unterstützung wieder auf.



Herbert Bußfeld ist Sachkundiger Bürger für DIE LINKE im Sportausschuss und Mitglied im Fraktionsvorstand

Im nächsten Jahr beabsichtigt die Immobilienwirtschaft weitere drei Turnhallen zu schließen. Dieses eigenmächtige Vorgehen ohne Absprache

mit SBE, ESPO und Sportvereinen darf es in Zukunft nicht mehr geben. Leider wird auch das Bad am Südpark nach einem Ratsbeschluss vom 25. August 2008 am Ende diesen Jahres geschlossen. Das Wirtschaftsjahr der Sport- und Bäderbetriebe 2013 endete mit einem Jahresfehlbetrag von 2,7 Millionen Euro (Vorjahr 6,0 Millionen Euro).

Auch in diesem Jahr wird es ein ca. fünf Millionen Euro großes Defizit geben. Nach Aussage der Wirtschaftsprüfer stellt dies eine Mangelwirtschaft dar. Die Mittel reichen nicht aus, um die bestehende

Sportinfrastruktur nachhaltig zu bewirtschaften. Nicht alle notwendigen Instandsetzungen können durchgeführt werden, was zu einem wachsenden Sanierungsstau führt. Inwieweit die Schließung der Deckungslücke ohne gravierende Einschnitte in die Sport- und Bäderlandschaft gelingen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

Fazit: Es muss eine kräftige Erhöhung des Sporttats geben. Die im Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/16 der Stadt Essen eingestellten vier Millionen Euro reichen bei Weitem nicht aus, um die jetzige Sportlandschaft zu erhalten. DIE LINKE wird keine weiteren Schließungen hinnehmen und zusammen mit den Sportvereinen und dem ESPO für eine lebendige Sportlandschaft sorgen.

Neue Wohnkosten für Hartz4-Berechtigte

Die Stadt und das große Zahlenrätsel

Mal wieder etwas Neues bei den Wohnkosten in Hartz4 und Grundsi-
cherung. Diesmal haben Bundes- und
Landesozialgericht NRW die Berech-
nungsweise der Stadt Essen in sehr
grundsätzlichen Fragen verworfen.
Genau genommen geht es darum, ob
die „Angemessenheit“ von Wohnkosten
nach der sog. Brutto-Kaltmiete oder
Netto-Kaltmiete beurteilt werden muss.
Die Stadt Essen hat das bisher nach
der Netto-Kaltmiete getan. Nun muss
sie die Brutto-Kaltmiete beurteilen und
„bastelt“ noch an eigenen Zahlen hier-
zu. Ihnen könnten erfreuliche
Nachzahlungen zustehen.

Ein Beitrag zum SGB II (Hartz4)
von Rechtsanwalt Carsten Dams

Die Netto-Kaltmiete bezeich-
net die reine Grundmiete, ohne
Nebenkosten, ohne Heizkosten.
Dagegen setzt sich die Brutto-
Kaltmiete aus der Grundmiete
plus kalter Nebenkosten (also
alles außer Heizung und Haus-
haltsstrom) zusammen. In gleich
mehreren Urteilen hat das Bun-
desozialgericht – grob gesagt
– festgestellt, dass die Verwal-
tungspraxis der Lebenswirklich-
keit entsprechen muss. Wer eine
Wohnung sucht, wird sich Grund-
miete und Nebenkosten zusam-
men angucken und dann ent-
scheiden, ob er sich die Woh-
nung insgesamt leisten kann.

Nichts ande-
res kann dann
aber für die
Beurteilung
der zulässigen
Miete für Lei-
stungsberech-
tigte gelten.

Nachdem fest
stand, dass
brutto-kalt
gerechnet
werden muss,
stellte sich
anschließend
die Frage,
welche „kal-
ten Neben-
kosten“ denn
angemessen
wären. Auch
diese musste
– mit erstaun-

lichem Ergebnis – gerichtlich
geklärt werden. In zwei Verfah-
ren vor dem Landesozialgericht
NRW musste die Stadt einräu-
men, keine eigenen Statistiken
über die durchschnittlichen Ne-
benkosten in Essen zu haben.
Das Gericht folgte dem Ansin-
nen der Stadt, erstmal weiter zu
machen wie bisher, nicht. Statt-
dessen muss die Stadt bis auf
weiteres mit den Zahlen arbei-
ten, die vorhanden sind. Hierzu
ist laut Gericht auf den jeweils
geltenden Betriebskostenspie-
gel NRW des Deutschen Mieter-
bundes abzustellen. Momentan
sieht dieser durchschnittliche
kalte Nebenkosten (ohne Hei-
zung/Warmwasser) von 2,00
Euro pro Quadratmeter vor.
Dabei geht man nicht von der



**Der Verfasser ist Rechts-
anwalt und Fachanwalt
für Sozialrecht in Essen-
Steele. Er berät viermal
wöchentlich in den
Beratungsstellen der
BG45, eine Terminanfrage
ist unter 0201/5147472
möglich.**

tatsächlichen
Wohnungs-
größe aus,
sondern von
der, die nach
relativ einhei-
liger Ansicht
für die jewei-
lige Perso-
nenzahl ange-
messene wäre.
Das sind 50
qm für eine
Einzelperson,
65 qm für
einen Zwei-
Personen-
Haushalt und
jeweils 15 qm
mehr für jede
weitere Pers-
on. Macht:
100,00 Euro
angemessene
Nebenkosten
pro Einzelperson,
130,00 Euro zu
zweit usw.

Jetzt kommt der Clou: Während
früher die „unangemessene“
Grundmiete einfach auf den „an-
gemessenen“ Wert gekürzt wur-
de, die Nebenkosten aber „fast
egal“ waren, muss heute geprüft
werden, ob eine „hohe“ Grund-
miete nicht durch „niedrige“
Nebenkosten ganz oder zum Teil
ausgeglichen werden kann. Die
„angemessene“ Grundmiete hat
sich in der Vergangenheit mehr-
fach geändert. Aktuell beträgt
sie 235,00 Euro für eine Person,
305,50 Euro für zwei, 376,00
Euro für drei usw. Im Prinzip
immer: Angemessene Quadrat-
meter mal 4,70 Euro (s.o.). Ein
Rechenbeispiel:



Früher:
Netto-Kaltmiet-Konzept, eine
Person:
255,00 Euro Grundmiete, „ange-
messene“ bis 235,00 Euro
80,00 Euro Nebenkosten
335,00 Euro Gesamt
JobCenter zahlt: 235,00 Euro +
80,00 Euro = 315,00 Euro

Heute:
Brutto-Kaltmiet-Konzept, eine
Person:
255,00 Euro Grundmiete, „an-
gemessen“ bis 235,00 Euro (= 20,00 Euro zu wenig)
80,00 Euro Nebenkosten, „an-
gemessen“ bis 100,00 Euro (= 20,00 Euro „Luft“)
335,00 Euro Gesamt, „ange-
messene“ bis 335,00 Euro
JobCenter zahlt: 335,00 Euro

Die Beispielperson steht sich
daher nach neuer Rechtslage
20,00 Euro pro Monat besser als
nach der alten Rechtslage. Das
wird vom JobCenter oft nicht
berücksichtigt. Leider kann die
Rechnung bei anderen Zahlen
auch „andersherum“ ausgehen,
so dass eine Einzelfallprüfung
notwendig ist.

Für Betroffene heißt das: Sie
sollten Bescheide, in denen
nur die „angemessene“ Grund-
miete mit alten Zahlen (217,50
/ 230,50 Euro Einzelperson,
282,75 / 299,65 Euro Zwei-
Personen, 348,00 / 368,80
Euro Drei-Personen etc.) über-
nommen wird, angreifen. Auch
wenn aktuelle Zahlen für die
Grundmiete verwendet werden
(235,00 / 305,50 / 376,00 Euro

für 1/2/3 Personen), bei einer
Kürzung aber günstige Neben-
kosten (unter 100,00 / 130,00 /
160,00 Euro) nicht beachtet wer-
den, sollte rechtzeitig innerhalb
der einmonatigen Widerspruchs-
frist reagiert werden. Es dürfte
Ihnen mehr Geld zustehen. We-
gen der Möglichkeit, auch noch
Geld für die Vergangenheit zu
bekommen, kann es sein, dass
es um erfreuliche Summen geht.

Bei der Einlegung des Wi-
derspruches sind Ihnen die
verschiedenen Essener Ber-
atungsstellen des BG45-Hartz4-
Netzwerk Essen e.V. (www.bg45.de) – in denen ausschließ-
lich im Sozialrecht spezialisierte
Rechtsanwält*innen persönlich
beraten – gerne behilflich. Kos-
ten entstehen Ihnen für die Ein-
zelberatung nicht.
Zur Beratung in den Beratungs-
stellen bringen Sie bitte unbe-
dingt die betroffenen Hartz4
Bewilligungs-/Änderungsbe-
scheide mit. Sie wissen nicht,
warum das JobCenter wissen
sollte, wie Sie warmes Wasser
bekommen oder Ihr Bad behei-
zen? Auch dann sind Sie in der
Beratung richtig!

Ach ja, das „Zahlenrätsel“: Die
Stadt glaubt selbstverständlich,
dass 2,00 Euro pro Quadratmeter
zu hoch sind. Man brauche
ein eigenes Gutachten, um zu
zeigen, dass man in Essen billiger
wohne als im NRW-Durchschnitt.
Das für Ende Juli angekündigte
Gutachten ist immer „noch nicht
fertig“. Oder steht nur nicht drin,
was man gehofft hatte?

Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Evang. Gemeindehaus, Ohmstraße 9, Essen-Altendorf

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Essen-Altenessen

Dienstags, 13.30 - 16.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-
Innenstadt

Dienstags, 14.00 - 16.00 Uhr

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstraße 3, Essen-Altendorf

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr

Bürgerladen Hörsterfeld, Mierendorfer Weg 11, Essen-Horst

Mittwochs, 15.00 - 16.30 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstra-
ße 96, Essen-Innenstadt

Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 15-17, 45888
Gelsenkirchen

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr

Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, Essen-Katernberg

Donnerstags, 15.00 - 16.30 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE. Velbert, Offerstraße 14a, Velbert

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Es-
sen-Innenstadt

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtsstraße 7-9, Borbeck-
Mitte in der Fußgängerzone

Freitags, 9.00 - 12.00 Uhr

Evang. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße
39, Essen-Steele

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Essen-
Innenstadt

Aktuelle Infos finden Sie auf [http://www.dielinke-essen.de/nc/
start/sozialberatung/](http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/)

Leistungsgerechte Entlohnung für Tageseltern

Von Artur Schwarz

Am 1. August 2014 trat die 2. Stufe des Kinderbildungs-gesetzes (KiBiz) in Kraft und sorgte besonders in den Reihen von Kindertagespfle-gerinnen und -pflegern für Empörung. Denn nach § 23 des KiBiz dürfen Tageseltern, sofern sie vom Jugendamt entlohnt werden, keine Zu-zahlungen mehr von den El-tern verlangen. Ausnahme ist ein angemessenes Entgelt für Mahlzeiten.

Diese Regelung soll zum einen dafür sorgen, dass ein Platz in der Kindertagespflege nicht mehr kostet als in der Kindesta-geseinrichtung und zum ande-ren auch negative Auswüchse für die Eltern verhindern, wie z.B. horrende Anmeldegebühren oder Kautionen.

Die Interessengemeinschaft Kindertagespflege in Essen ist besorgt über diese neue Re-gelung und sieht die Existenz vieler Tageseltern bedroht, da diese ihren niedrigen Stunden-lohn bisher durch Zuzahlungen aufbessern konnten. Besonders betroffen seien Pflegerinnen und Pfleger, die extra Räumlich-keiten für die Kinderbetreuung angemietet haben und diese wohl nun durch die Minderein-nahmen schließen müssen.



Nach Meinung des Landesver-bandes Kindertagespflege NRW ist eine solche Regelung zu be-grüßen, sofern die Entlohnung der Kindertagespflegerinnen und -pfleger leistungsgerecht ausgestaltet ist. Diese wäre bei einem Stundenlohn pro Kind von 5,50 Euro gegeben. Um dieser leistungsgerechten Entlohnung gerecht zu werden, haben bereits in einigen Städ-ten wie Mettmann oder Moers die Jugendhilfeausschüsse eine Empfehlung an den jeweiligen Rat ausgesprochen, die Stun-

denlöhne auf 5,00 bis 6,00 Euro zu erhöhen. Vorher lag der Stun-denlohn dort zwischen ca. 4,00 Euro und 4,50 Euro. In Essen liegt der Stundenlohn je nach Qualifikation und Dau-er der Betreuung zwischen ca. 2,50 Euro für Tageseltern mit pädagogischer Ausbildung, aber ohne Grundqualifizierung für die Kindertagespflege, und 6,40 Euro bei Tageseltern mit Qualifizierung für Kindertages-pflege und mindestens zwei Jah-re Berufserfahrung. Das Problem in Essen liegt da-

rin, dass die Tageseltern nicht direkt pro Stunde bezahlt wer-den, sondern sie je nach wö-chentlicher Betreuungszeit pro Kind in Entgeltstufen eingeord-net werden, die eine feste Ent-lohnung vorsehen. So bekommt eine Tagesmutter, die ein Kind 20 Stunden die Woche betreut, denselben Betrag wie eine, die ein Kind 25 Stunden betreut. Mit einer Grundqualifizierung für Kindertagespflege sind dies 449,00 Euro. Bei der einen liegt der Stundenlohn also bei 5,60 Euro und bei der anderen bei 4,50 Euro. Dasselbe gilt für alle anderen Entgeltstufen.

DIE LINKE möchte prüfen lassen, wie die vom Landesverband Kin-dertagespflege anvisierten 5,50 Euro pro Stunde und Kind auf alle Erzieherinnen und Erzieher mit Grundqualifizierung in der Kindertagespflege ausgedehnt werden können. Denn Tagesel-tern müssen leistungsgerecht entlohnt werden, ihre Arbeit ist anzuerkennen und ein Rückgang der Kindertagespflege zu verhin-dern. Denn dies schadete nicht nur den Pflegekräften, sondern auch den Eltern, die eventuell keinen Betreuungsplatz mehr bekommen und dann nicht mehr ihren Berufen nachgehen könn-ten, und den Kindern.

Artur Schwarz ist Referent der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen.

Kundgebung gegen NATO-Kriegsvorbereitung in Kalkar

Krieg beginnt hier – wir sagen Nein!

Am 3. Oktober 2014 demonstrierte die Friedensbewegung zum dritten Mal gegen die in Kalkar stationierte NATO-Kommandozone für Luftoperationen. „Der Krieg beginnt hier – und hier muss er beendet werden!“ hieß eine der zentralen Losungen. In diesem Jahr folgten mit rund 700 Teilnehmenden rund dreimal so viele Menschen dem Aufruf wie in den Jahren zuvor. Einer der Redner war Bernhard Trautvetter vom Sprecherkreis des Essener Friedensforums. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede, leicht redaktionell bearbeitet.



Am 24. September 1977 demonstrierten hier in Kalkar Zehntausende gegen den „Schnellen Brüter“, ein besonders gefährliches Atomkraftwerk, das in dieser idyllischen Gegend am Niederrhein entstand. (...) Kalkar wurde zu einem Vorläufer der Großdemonstrationen der Friedensbewegung der Achtzigerjahre. Die Aktiven kritisierten, dass Bedenken der Bürgerinnen und Bürger übergangen wurden. Diese Arroganz nehmen wir auch heute nicht hin. Heute sagen wir Nein zur Kriegsvorbereitung, heute hier in Kalkar. (...) Es ist unsere Verantwortung, das zu verhindern. Unser Nein zu Militär und Krieg ist ein Ja zum Leben!

In sechs Wochen findet hier in der Nähe die Tagung 2014 des Kalkarer Joint Air Power Competence Center (Zentrum für vereinte Luft-Streitkraft-Kompetenz) statt. Sie wollen laut Tagungsunterlagen ihre weltweite Luftüberlegenheit aufrecht erhalten, und mit Drohnen, Satelliten, Heer, Marine sowie dem Internet mit Cyberwar verknüpft weiterentwickeln. Und sie planen die Modernisierung der Atomwaffen. (...)

Man spricht im Tagungsmaterial von „Nexus“. Das ist das Wort für die Verbindung aller Elemente der Kriegsführung. Sie sprechen von tödlicher und nicht-tödlicher Militärmacht: „Die strategischen Diskussionen können sich darauf richten, was Luft-, All- und Cyber-, also netzbasierte Gewalt als unabhängige, offensive (!) und möglicherweise entscheidende Instrumente für Schläge beitragen können ...“ (S.101) Das ist eine unverhohlene offensive Strategie. Mit unser aller Leben wird ein tödliches Spiel getrieben. Wir sagen erneut: NEIN! Wir wollen Leben! Deshalb sind wir hier! Und wir kommen wieder, um die Pläne zu durchkreuzen, mit denen die Zukunft der Menschheit in tödlichen Planungen riskiert wird. (...) Wie gefährlich konkret die Kriegsstrategie auch hier vor Ort

gediehen ist, sieht man am NATO-Gipfel Anfang September in Wales: Man übergibt dort, dass die ukrainische Regierung illegal im Amt, also als Partner der NATO (...) bezieht eine Regierung, in der Partner der NATO sitzen, in NATO-Manöver ein. Und in Wales hat sie eine NATO-Eingreiftruppe mit einer Luftraumüberwachung über

Alternativen zum neoliberalen Würgegriff in Griechenland

Syriza erste Linksregierung in Europa?

Gespräch mit Kostas Chrysogonos

Im kommenden Jahr wird in Griechenland ein neues Parlament gewählt. Wenn das Ergebnis dem der Europawahl ähnelt, dürfte unsere griechische Schwesterpartei SYRIZA die neue Regierung stellen. Wir sprachen mit Kostas Chrysogonos, Europaabgeordneter der SYRIZA, über die Perspektiven des Widerstands gegen das neoliberale Kürzungsdiktat und die Hoffnungen einer SYRIZA-Regierung.

Essener Morgen: Bei der letzten Europawahl in Griechenland wurde die SYRIZA die stärkste Partei. Was waren die Gründe für den Erfolg?

Kostas Chrysogonos: Der Prozess der Verarmung der griechischen Gesellschaft und vor allem der arbeitenden Bevölkerung, der Älteren und der Arbeitslosen, der in den „Memoranda of Understanding“, die von der griechischen Regierung und den internationalen Geldgebern unterzeichnet wurden, im Detail dargelegt wird, hat offensichtlich viele Betroffene in die politische Radikalisierung getrieben. So haben sich viele Wähler der Vereinigung der radikalen Linken (SYRIZA) zugewandt, hauptsächlich um ihre

dem Baltikum ... mit Bundeswehr-Eurofightern beschlossen. (...) Der De-Facto-Regierungschef der Ukraine warf Russland vor, den dritten Weltkrieg beginnen zu wollen. Wer dieses Wort in den Mund nimmt, spricht von der Apokalypse. Yatsenyuk nannte Gegner kürzlich „Subhumans“, das heißt: Untermenschen. Das ist

die Sprache der Gewalteskalation. Wir sagen Nein! Wir verteidigen das Leben! (...) Verhandlungen und eine Stärkung des Völkerrechts und seiner Institutionen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der OSZE, statt der NATO, ist das Gebot der Stunde. Niemand darf weiteres Öl ins Feuer dieses schwelenden Kon-



Kostas Chrysogonos, Europaabgeordneter der SYRIZA

Ressentiments gegen die Troika und die Memoranden auszudrücken.

Essener Morgen: In den letzten Jahren war SYRIZA eine der treibenden Kräfte des Widerstandes gegen soziale Einschnitte. Ist es möglich, Parlamentarismus und öffentlichen Widerstand zu vereinbaren?

Kostas Chrysogonos: Es ist nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig, Parlamentarismus und öffentlichen Widerstand zu kombinieren, um die Einführung neoliberaler Politik zu stoppen, die nur darauf hindeutet, soziales Elend zum Gesetz dieses Landes zu machen. Dar-

über hinaus sind friedliche Proteste und Streiks fundamentale Rechte, durch deren Ausübung die Menschen ihre Gefühle ausdrücken können. *Essener Morgen:* Welche Konsequenzen hatten die Streiks für eure Beziehung zu den Gewerkschaften?

Kostas Chrysogonos: Bis vor einigen Jahren wurden die Gewerkschaften, zumindest auf nationaler Ebene, von den Kräften des Systems (hauptsächlich PASOK-nahe) kontrolliert. Dies ändert sich nun, da immer mehr arbeitende Menschen erkennen, dass ein radikaler Ansatz notwendig ist.

Essener Morgen: Durch eure Erfolge wird eine SYRIZA-Regierung immer wahrscheinlicher. Haltet ihr das für wünschenswert?

Kostas Chrysogonos: Eine SYRIZA-Regierung ist das wahrscheinlichste Szenario, wenn im März 2015 allgemeine Wahlen abgehalten werden, weil es nicht möglich sein wird, eine 3/5-Mehrheit des gegenwärtigen Parlaments zusammenzubekommen, um einen neuen Präsidenten der Republik zu wählen. In diesem Fall würden die Sparmaßnahmen ausgesetzt werden, und alternative Methoden zur Stärkung der ruinierten

griechischen Wirtschaft müssen gefunden werden. Das sollte nicht nur für die griechische Bevölkerung, sondern für die arbeitenden Menschen in ganz Europa wünschenswert sein, die die postmoderne Diktatur der internationalen Kapitalmärkte fürchten. *Essener Morgen:* Was müsste in einer Koalition am dringendsten geändert werden?

Kostas Chrysogonos: Unsere erste Priorität muss es sein, den sozialen und menschlichen Schmerz der Opfer zu lindern, der durch die Strategie der „internen Herabwürdigung“ verursacht wurde, zweitens die traditionellen Netzwerke und die Korruption der politischen Klasse und ihrer wirtschaftlichen Spiegesellen auszurotten, und drittens die Wirtschaft wiederzubeleben und die Beschäftigungsrate zu steigern.

Essener Morgen: Wer könnte ein Koalitionspartner in einer Regierung sein, die nicht dem Spardiktat folgt?

Kostas Chrysogonos: Leider gibt es derzeit keine sichtbaren Koalitionspartner. Eine absolute SYRIZA-Mehrheit im nächsten Parlament ist aber erreichbar, wenn es uns gelingt, nur ein Drittel derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich bei den letz-

ten Wahlen der Stimme enthalten haben, zu überzeugen. *Essener Morgen:* Ist es für euch verständlich, dass die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) eine Regierungsbeteiligung ablehnt?

Kostas Chrysogonos: Die Isolationspolitik der KKE zeigt deutlich, dass sie es ablehnt, ihre Verantwortung gegenüber den leidenden Menschen zu übernehmen und ihren Teil zu einer radikalen Veränderung der Politik beizutragen. *Essener Morgen:* Viele linksgerichtete Menschen in Europa unterstützen euer Ziel einer Regierungsbeteiligung, aber sie fürchten, dass ihr euch in den letzten Monaten von euren Zielen, wie der Verstaatlichung der Gro-Industrie und einem vollständigen Schuldenschnitt, entfernt habt. Hat SYRIZA seine Ziele verwässert, um mehr Menschen zu erreichen?

Kostas Chrysogonos: Es gibt keine Änderung unserer politischen Ziele, wie sie auf dem Parteitag im Juli 2013 festgelegt wurden. *Essener Morgen:* Danke dir für das Interview. Wir euch wünschen viel Erfolg. Das Interview führte Jules El-Khatib, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

Demonstration gegen die in Kalkar stationierte NATO-Kommandozone für Luftoperationen

Ausgehtipp

Mittwoch, 8. Oktober, 19.00 Uhr
DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung, Hauptthema: TTIP & Co., Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Südviertel

Donnerstag, 9. Oktober, 17.00 Uhr
Bündnis „Lernen für den Frieden“, Kundgebung anlässlich der Übergabe von Unterschriften gegen die Militarisierung von Schule und Hochschule an die Kultusministerkonferenz, Porschekanzel, Innenstadt, www.lernenfürdenfrieden.de

Freitag, 10. Oktober, 11.00 Uhr
Pro Asyl, Frauenfrühstück, Friedrich-Ebert-Straße 30, Innenstadt, Voranmeldung erbeten unter 0201/20539.

Samstag, 11. Oktober, 11.00 Uhr
DIE LINKE, Unterschriften-sammlung zum Aktionstag gegen das Freihandelsabkommen TTIP, Fußgängerzone, Innenstadt

Samstag, 11. Oktober, 19.00 Uhr
LiteraTürk und Stadtteilprojekt Altendorf, Lesung mit Sabine Adatepe: „Kein Frühstück für Bahar“, Restaurant „Balkanstube“, Haskenstr.1

Freitag, 17. Oktober, 18.00 Uhr
Rosa-Luxemburg-Club Essen, Beratung über die weitere Arbeit, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt

Montag, 20. Oktober, 19.00 Uhr
Monatsversammlung von „Essen stellt sich quer“, Räume des Antirassismus-Telefons, Friedrich-Ebert-Straße 30, Innenstadt

Dienstag, 21. Oktober, 10.00 Uhr
Frühstück des Essener Erwerbslosenplenums, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1

Mittwoch, 22. Oktober, 19.00 Uhr
Essener Friedensforum, „Schwerter zu Pflugscharen“, Diskussion mit dem Arbeitskreis Rüstungskonversion, Volkshochschule am Burgplatz, Innenstadt

Sonntag, 26. Oktober, 11.00 Uhr
DIE LINKE, Film-Matinee zum Nahost-Konflikt mit „Gelobtes Land“ von Peter Kosminsky, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1

Dienstag, 28. Oktober, 19.00 Uhr
Linksjugend [solid] Ruhr und DGB-Jugend MEO, Diskussion mit Christine Buchholz, MdB DIE LINKE, zum Thema „100 Jahre 1. Weltkrieg heißt: Nie wieder Krieg!“, DGB-Haus, Teichstraße 4, Innenstadt

Dienstag, 28. Oktober, 19.00 Uhr
DIE LINKE, Stadtteilgruppe Essen-Ost, Kulturforum, Dreiringstraße 7, Steele

Dienstag, 4. November, 10.00 Uhr
Frühstück des Essener Erwerbslosenplenums, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1

Donnerstag, 6. November, 19.00 Uhr
Attac-Monatsversammlung, Volkshochschule am Burgplatz, Innenstadt

Eventkritik

Was bleibt von der „Revolution Bildung“?

Am Samstag, dem 27. September 2014, rief die Jugend der IG Metall zum Abschluss ihrer Ausbildungskampagne zu einer Großdemonstration in Köln unter dem Motto „Revolution Bildung“ auf. Dem Aufruf folgen etwa 20.000 junge Leute.

D Von Sonja Neuhaus
Die von der Gewerkschaft aus allen Teilen Deutschlands organisierten Busse trafen zwischen 11 und 12 Uhr an zwei zentralen Kundgebungsorten. Die Stimmung dort erinnerte schon in den Morgenstunden mehr an ein großes Festival. In den Bussen wurden vorher

schwarze, mit Neonaufschrift bedruckte Kampagnen-T-Shirts sowie die Karten für das abendliche Abschlusskonzert ausgegeben. Das Problem: Nur wer ein Busticket hatte, bekam auch eine Konzertkarte. Die Bustickets wurden vielerorts nur an Gewerkschaftsmitglieder ausgegeben. Dass von der Bildungsmisere nicht nur Gewerkschaftler*innen betroffen sind, hatte die IG Metall-Jugend scheinbar vergessen.

Nachdem die Kundgebung ca. 2 Stunden von einer Cover-Band bei Laune gehalten und der zuständige IG Metall-Verantwortliche ein paar warme Worte ans Publikum gerichtet hatten, startete die Demo in Richtung Neumarkt. Die Demonstration hatte den Charme einer Parade, ähnlich des CSD oder der Love-

parade. Fußballchöre, tanzende Menschen, viel Alkohol. Die Linksjugend [solid] NRW, die mit etwa 30 Leuten angereist war und seit dem Morgen eigens für diesen Tag erstellte Materialien verteilt hatte, lief in einem eigenen Demoblock.

Angekommen am Neumarkt ging die Party weiter

Neben live präsentierter Rap-Musik auf der Bühne gab es einen Foto-Contest, und als Highlight wurden die Forderungen der Gewerkschaft – eindrucksvoll begleitet von Pyrotechnik und Kanonenschüssen – verlesen: Eine gerechte Reform des Berufsbildungsgesetzes, eine radikale Reform des BAföG, und einen attraktiven Weiterbildungsvertrag – „Revolution Bildung“ eben. Im Anschluss an die Kundgebung ging

es dann weiter zum Konzert mit Acts wie Irié Revoltés, Materia und Bosse. Gegen 23 Uhr fuhren die Busse zurück in die Heimatstädte, mit müden, aber glücklichen Teilnehmer*innen. Die „Revolution Bildung“ war ein insgesamt gelungener – allerdings auch rund 9 Millionen Euro teurer – Tag für die Gewerkschaftsjugend und die Teilnehmenden. Aber war er auch ein Erfolg für die linke, gewerkschaftliche Bewegung? Die kostenlosen Konzertkarten haben sicherlich dazu beigetragen, dass so viele junge Menschen an der Demo teilgenommen haben und einen positiven (ersten) Eindruck von der Gewerkschaft



Sonja Neuhaus ist Studentin an der Universität Düsseldorf und Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

bekommen haben. Dennoch blieb der Eindruck haften, an diesem Tag eine, wenngleich gut inszenierte, aber doch wenig politische Demonstration mit Konfetti und Luftschlangen besucht zu haben.

Gegen Spaß ist nichts einzuwenden, doch leider sind die politischen Forderungen, sowie die drastische Situation, in der sich viele Auszubildende befinden, zu kurz gekommen. Denn eine „Revolution Bildung“ bedeutet auch, konsequent für eine Veränderung der Ausbildungsbedingungen zu kämpfen. Dazu zählen die Forderungen nach Übernahme in erlernten Beruf, einer Ausbildungsvergütung, die zum selbstbestimmten Leben reicht, eine Ausbildspflicht für Unternehmen und das Recht auf einen Ausbildungsplatz! Von der Umsetzung dieser Ziele sind wir noch ziemlich weit entfernt.

Freihandelsabkommen TTIP und TiSA

Was hat das Chlorhähnchen mit Demokratie zu tun?

Das geplante Freihandelsabkommen mit dem Namen „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ zwischen Europa und den USA ist vor allem wegen des berühmten Chlorhähnchens im Gespräch. Dabei steht viel mehr auf dem Spiel. Mit einer neuen Unterschriftenliste will eine europäische Bürgerinitiative das Abkommen zu Fall bringen. Gewerkschaften und linke Parteien in ganz Europa sind dabei, auch DIE LINKE in Deutschland.

Von Resul Polat

TTIP wird seit Juli 2013 zwischen der Europäischen Kommission und den USA verhandelt. Die Gespräche finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, wohl in der Hoffnung sie abschließen zu können, bevor die Bürger*innen das Ausmaß der Gefahren erkennen.

Vertreter*innen beider Seiten bestätigen, dass TTIP nicht primär der Förderung des Handels durch den Abbau von Einfuhrzöllen zwischen der EU und den USA dient, weil sich die Zölle schon jetzt auf einem Tiefstand befinden. Vielmehr bestünde das Hauptziel in der Beseitigung regulatorischer „Hindernisse“, die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Bei diesen „Hindernissen“ han-

delt es sich um einige unserer wertvollsten Sozialstandards und Umweltvorschriften, wie Arbeitsrechte, Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit (Einschließlich der Einschränkung gentechnisch veränderter Organismen), Verordnungen zum Gebrauch von Giftstoffen, digitale Datenschutzrechte oder neue Regeln zur Bankensicherheit, die eingeführt wurden, um eine Wiederholung der Finanzkrise von 2008 zu vermeiden.

Auch der „Investorenschutz“ stellt ein großes Problem dar. Durch diese Klausel im Vertrag ist es Unternehmen möglich, vor privaten Schiedsgerichten Klage gegen eine souveräne Regierung



inzureichen, wenn es infolge politischer Beschlüsse zu Gewinneinbußen kommt. Durch TTIP sollen auch neue

Anti-TTIP-Aktion vor dem Reichstag

Märkte erschlossen werden. Ermöglicht wird der freie Wettbewerb der Unternehmen um öffentliche Dienstleistungen und

Beschaffungsverträge. Es ist zu erwarten, dass es infolge von TTIP zu einer Privatisierungswelle kommt, die auch vor grundlegenden Dingen wie Infrastruktur, Bildung, Nahverkehr, Gesundheitsvorsorge oder Trinkwasser nicht Halt macht. Die Folgen sind bekannt: steigende Preise bei sinkender Qualität. Neben den TTIP-Verhandlungen wird parallel das Abkommen TiSA („Trade and Service Agreement“) verhandelt, das den Dienstleistungssektor für ausländische „Investoren“ öffnen soll.

Das verheerende ist, dass auch alle im Vertrag nicht genannten Bereiche davon betroffen sind. Alles, was nicht auf einer „Negativliste“ vermerkt ist, kann privatisiert werden. Außerdem kann eine einmal liberalisierte Dienstleistung nicht wieder reguliert werden.

Vor allem für die Beschäftigten könnte sich die Situation dramatisch verschlechtern, wenn Standards im Arbeitsrecht mit TTIP den amerikanischen Verhältnissen angenähert werden (die USA haben einige ILO-Normen nicht unterzeichnet, z.B. das Recht Gewerkschaften zu bilden oder eine Garantie für geschlechtsunabhängiges Gehalt). Was ausgeschlossen wird, weiß man natürlich erst, nachdem das Abkommen in Kraft ist, denn die Verhandlungen sind geheim.

DIE LINKE sieht in beiden Abkommen eine große Gefahr für die Demokratie, da dadurch Großkonzerne praktisch auf eine Ebene mit dem Nationalstaaten gehoben werden. Elementare demokratische Prinzipien werden untergraben. Wir rufen daher alle Menschen auf, sich an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Listen sind in Kürze in unserer Geschäftsstelle und auf unserer Homepage erhältlich.

Resul Polat ist Student und Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Gaza:

Politische Lösung statt Gewalt



Kundgebung der Linksjugend [solid] auf dem Weberplatz am 18. Juli 2014

Foto: M.A.

Im jüngsten Gazakrieg von Anfang Juli bis Ende August kamen nach Angaben der UNO 2.104 Palästinenser und 68 Israelis ums Leben. Auch dieser Krieg zeigt: Der israelisch-palästinensische Konflikt kann nicht mit militärischer Gewalt und Attentaten gelöst werden, sondern nur politisch. Dazu gehört, dass sich beide Seiten zugunsten einer zivilen Entwicklung wie der Zwei-Staaten-Lösung in der Wahl ihrer Mittel zügeln und nicht den endgültigen Sieg über die andere Seite anstreben.

Ralf Michalowski, Sprecher des Landesverbandes DIE LINKE. NRW führte auf der Kundgebung der Linksjugend [solid] aus: „Förderlich für den Frieden ist weder eine Solidarisierung mit Hamas, noch mit der israelischen Rechten, die die Außenpolitik Israels bestimmt.“ Deshalb wendet sich DIE LINKE gegen „Solidaritätsbekundungen“, die Parteinahme für eine Kriegspartei darstellen, und gegen die Instrumentalisierung des berechtigten Eintretens für eine friedliche Lösung durch antisemitische Kräfte.



Der „Bürgerplanungstisch Holsterhausen“ rief am 14. Mai 2014 zur Aktion „Hand in Hand ums Allbau-Land“.

Foto: W. Freye

Holsterhausen:

Cranachhöfe – Allbau schafft Tatsachen

Von Wolfgang Freye

Für den 6. Oktober 2014, nach Redaktionsschluss dieser Zeitung, lud die städtische Wohnungsbaugesellschaft Allbau AG zu einer Bürgerversammlung nach Holsterhausen ein. Allbau-Vorstand Dirk Miklikowski wollte dort persönlich die Planung für die „Cranachhöfe“ vorstellen, die Bebauung des seit dem Umzug brach liegenden Geländes des Berufskollegs. Damit hat er auf deutliche Kritik der Stadtteilinitiative „Bürgerplanungstisch Holsterhausen“, der Ratsfraktion DIE LINKE und der Bezirksvertretung reagiert, dass der Allbau die Planung Anfang September zwar der Presse, nicht aber den Einwohnerinnen und Einwohnern im Stadtteil vorgestellt hat. Um Bürgerbeteiligung im eigentlichen Sinne geht es dabei nicht. Denn anders als vor einigen Monaten zugesagt, ist die Planung bereits beschlossene Sache. Ursprünglich sollten mehrere Architekten-Entwürfe vorgestellt werden, bevor die letzten Entscheidungen fallen. Nun geht es nur noch um die fertigen Pläne. Nicht einmal der Termin der Versammlung wurde mit der Bezirksvertretung abgestimmt, geschweige denn mit dem „Bürgerplanungstisch“.



Wolfgang Freye ist Sachkundiger Bürger für DIE LINKE im Planungsausschuss der Stadt Essen.

Dieser hatte auf mehreren Versammlungen zum Thema gefordert, die an der Planung interessierten Einwohner*innen in Holsterhausen „mitzunehmen“. In den Diskussionen im Stadtteil hatten sich Forderungen an die Bebauung herauskristallisiert:

- gute Aufenthaltsqualität, auch für die Anwohner*innen,
- großzügige Bebauung mit viel grünen Zwischenräumen im eng bebauten Stadtteil,
- attraktive Anbindung an die Gemarkenstraße als Einkaufsstraße des Stadtteils und
- unterirdischer Parkraum.

Darüber hinaus war immer wieder die Frage der Nutzung der Gebäude ein Thema, es ging um barrierefreies Wohnen, einen Kindergarten und möglichst wenig Einzelhandelsfläche. Die geplante Verlagerung eines Vollsortiment-Marktes in das Gebäude könne zu einer weiteren Verödung der Gemarkenstraße führen, kritisieren auch viele Geschäftsleute. Einige dieser Anforderungen scheint die Planung durchaus zu erfüllen. Mit bis zu fünf Stockwerken ragt die Bebauung über die Umgebung jedoch hinaus. Auch der Vollsortimenter mit 1.800 Quadratmetern Verkaufsfläche soll kommen, darüber hinaus noch einige weitere kleinere Läden, die sich allerdings auf den Gesundheitsbereich beschränken sollen. Es besteht aber die Gefahr, dass durch Umzüge von Geschäften die Gemarkenstraße weiter „ausblutet“. Die weitere Diskussion sollte auf die Bedingungen im ganzen Stadtteil ausgeweitet werden. Wie kann die Wohn- und Lebensqualität in Holsterhausen gesteigert werden? Wohin soll sich das Quartier entwickeln? Was soll aus der Gemarkenstraße werden. Mit einem fantasievollen Namen für das neue Quartier ist es nämlich nicht getan.

Frohnhausen

Macht die Stadt essbar!

Nachbarschaftsgarten an der Diergardstraße

Anfang 2014 beschloss die Stadt Essen, 45 Kinderspielflächen zu schließen und sie zu Grünanlagen umzugestalten. Danach reifte bei mir die Idee, dass ein gemeinschaftlicher Garten, von den Bürgerinnen und Bürgern selbst gepflegt und genutzt, viel besser wäre. Nachdem ich durch rund einhundert Nachbarschaftsbriefe im April Mitstreiter*innen gefunden hatte, haben wir uns im Mai erstmals getroffen und mit der Arbeit begonnen.

Obwohl das Gartenjahr eigentlich im Frühjahr beginnt, schauen wir heute stolz auf die schon geleistete Arbeit. Am meisten freuen wir uns, dass auch die Zahl der Aktiven gestiegen ist. Wir haben mit sechs Personen angefangen und sind heute schon fünfzehn. Die in der Nähe gelegene Grundschule und den im Bau befindliche Kindergarten möchte ich noch von unserem Projekt begeistern.



Udo Seibert, Bezirksvertreter für DIE LINKE in der BV 3 und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Grün & Gruga

Diese Grundsätze haben wir gemeinsam verabredet: Wir wollen Kräuter, Obst, Blumen und Gemüse auf öffentlicher Fläche zum allgemeinen Nutzen biologisch anbauen. Wir wollen einen nicht kommerziellen, lebensfreundlichen Aufenthaltsort und Treffpunkt für die Nachbarschaft gestalten. Wir wollen Begegnungen und gemeinsames Arbeiten von Menschen verschiedener kultureller, religiöser und sozialer Hintergründe und Generationen. Wir wollen einen Garten von Bürger*innen für Bürger*innen, alle können sich bei der Gartenarbeit einbringen oder ernten, je nach Lust und Laune.

Da ich dieses soziale und ökologische Projekt mit direkter Bürgerbeteiligung für ein ursächlich „linkes“ Projekt halte, habe ich den Werdegang detailliert geschildert, um so die Nachahmung möglichst leicht zu machen. Auf diesem Wege möchte ich auch über Essen hinaus bei allen Genoss*innen dafür werben: Macht eure Stadt erlebbar, macht sie essbar!

Dieses Konzept haben wir dem Grünflächenamt, Grün & Gruga und dem Verwaltungsbeauftragten des Bezirkes vorgestellt. Da dies eine Kostenersparnis für die Stadt beinhaltet, fanden wir offene Ohren. Bei der ersten Sitzung der Bezirksvertretung nach der Kommunalwahl am 12. Juni wurde unser Wunsch als Verwaltungsvorlage durchgewunken. Trotz der großen Schäden durch das Sturmtief „Ela“ haben wir schon bald mit

Um möglichst viele ehemalige Kinderspielflächen zu blühende Oasen der Ruhe zu machen, werbe ich nicht nur im Kreisverband Essen für meine Vision, sondern habe auch mit der Initiative „Transition Town – Essen im Wandel“ und „BürgerAktive55+ Essen“ Kontakt aufgenommen. Für einen Ergebnisbericht ist es noch zu früh. Außerdem ist das Projekt angemeldet für den Preis „Kommune 2020“, der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der Partei DIE LINKE ausgelobt wurde. Ein Gewinn wird dem Projekt zu Gute kommen.



Rüttenscheid:

Verein für Gesundheitssport kann Grundstück kaufen

Dem „Verein für Gesundheitssport und Sporttherapie an der Universität Duisburg-Essen e.V. (VGSU)“ ist es jetzt doch unter großen Schwierigkeiten gelungen, die fehlenden 135.000 Euro für „sein“ Grundstück aufzubringen. Der Verein ist mit rund 2.500 Mitgliedern ein großer Reha-Sportverein, der eine wichtige gesundheitspolitische und soziale Funktion erfüllt. Eine Schließung wäre auch vor dem wichtigen Ziel der Inklusion verheerend gewesen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW, dem die Sportstätten des Vereins an der Henri-Dunant-Straße in Rüttenscheid gehören, hatte das Grundstück zum Verkauf ausgeschrieben. 315.000 Euro konnte der VGSU zunächst aufbringen, ein Düsseldorfer Investor bot jedoch 450.000 Euro. Die Zukunft des Vereins stand auf dem Spiel. Mit den zusätzlichen

Mitteln kann der VGSU nun sein Vorkaufsrecht wahrnehmen.

DIE LINKE hatte im Vorfeld versucht, Lösungen zu finden. Dazu nahm die Ratsfraktion Kontakt mit dem ESPO, den Sport- und Bäderbetrieben Essen, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, mit Dezernent Bomheuer und natürlich mit dem Verein selbst auf. Dabei stellte



Für die Sanierung des Vereinsgeländes wirbt der VGSU um Spenden, diese sind steuerlich abzugsfähig. Mehr Infos unter www.vgsu.de.

Spendenkonto:
VGSU Essen e.V.,
Konto-Nr. 529925, Sparkasse Essen,
BLZ: 360 605 91,
IBAN: DE90 3606 0591 0000 5299 25,
BIC: GENODE13PSE

sich heraus, dass die Möglichkeiten der Stadt äußerst gering sind. Unser Vorschlag, wenigstens mit einer Ratsresolution öffentlichen Druck auf den Investor aufzubauen, sein Angebot zurückzunehmen, kam nicht durch. Stattdessen haben Grüne und CDU/SPD eigene Anträge eingebracht, mit Vorschlägen, die nach unseren Recherchen nicht umsetzbar waren. So hat Rot/Schwarz beantragt, dem VGSU einen anderen Standort anzubieten.

Dabei liegt eine Stellungnahme des ESPO vor, dass gerade das nicht möglich sei. Weil unser Antrag abgelehnt wurde, haben wir diesem Show-Antrag trotzdem zugestimmt, damit ein mög-

lichst einheitliches Signal vom Rat ausgeht.

Gut, dass sich der VGSU jetzt selber helfen konnte. Die Unterstützung aus Politik und Verwaltung muss aber größer werden, weil mit dem Kauf des Grundstücks die Probleme noch lange nicht erledigt sind. Denn der VGSU muss jetzt Vereinsgelder, die ursprünglich für die Instandhaltung eingeplant waren, in die Kaufsumme stecken. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass die Sport- und Bäderbetriebe Essen dem Verein mit Investitionszuschüssen helfen. Dafür muss der Verein allerdings die notwendigen Eigenmittel aufbringen.

Thorsten Jannoff

- Freitag, 7. November, abends**
 SJD/Die Falken, „Rock gegen Rechts“, Konzert mit Bejarano & Microfone Mafia, Falkenzentrum Süd, Holsterhauser Straße 100, Holsterhausen
- Samstag, 8. November, ab 10.00 Uhr**
 Essen stellt sich quer u.a., Antifaschistischer Ratschlag mit Plenum, Workshops und Abschlusskonzert, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Altenessen
- Mittwoch, 12. November, 19.00 Uhr**
 DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung, Hauptthemen: Freiräume in der Stadt, Haushaltspolitik, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Südviertel
- Donnerstag, 13. November, 19.00 Uhr**
 Zeche Carl, Berliner Compagnie mit dem Stück „Anders als du glaubst“, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Altenessen
- Montag, 17. November, 19.00 Uhr**
 Monatsversammlung von „Essen stellt sich quer“, Räume des Antirassismus-Telefons, Friedrich-Ebert-Straße 30, Innenstadt
- Dienstag, 18. November, 10.00 Uhr**
 Frühstück des Essener Erwerbslosenplenums, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1, Innenstadt
- Mittwoch, 19. November, 19.00 Uhr**
 Essener Friedensforum, „NSA und Cyberspace“, Diskussion mit Thomas Reinhold vom Institut für Friedensforschung an der Uni Hamburg, Volkshochschule am Burgplatz, Innenstadt
- Dienstag, 25. November, 19.00 Uhr**
 DIE LINKE, Stadtteilgruppe Essen-Ost, Kulturforum, Dreiringstraße 7, Steele
- Dienstag, 2. Dezember, 10.00 Uhr**
 Frühstück des Essener Erwerbslosenplenums, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1, Innenstadt
- Donnerstag, 4. Dezember, 19.00 Uhr**
 Attac-Monatsversammlung, Volkshochschule am Burgplatz, Innenstadt
- Mittwoch, 10. Dezember, 19.00 Uhr**
 DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung, Hauptthema: Entwicklungen bei Hartz4, Bedingungsloses Grundeinkommen, der Ort steht noch nicht fest
- Montag, 15. Dezember, 19.00 Uhr**
 Monatsversammlung von „Essen stellt sich quer“, Räume des Antirassismus-Telefons, Friedrich-Ebert-Straße 30, Innenstadt
- Dienstag, 16. Dezember, 10.00 Uhr**
 Frühstück des Essener Erwerbslosenplenums, Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1
- Freitag, 19. Dezember, 17.00 Uhr**
 DIE LINKE, „Auch der Weihnachtsmann ist ein Roter!“ Jahresausklang im Heinz-Renner-Haus, Severinstr.1, Innenstadt

